

BUNDESHAUSHALT 2010

Nr. 05 | 19.03.2010

Für Wachstum und Konsolidierung

Der erste von der christlich-liberalen Regierungskoalition verantwortete Etat stellt wichtige Weichen für die Zukunft. Mit Entlastungen der Bürger und zahlreichen Investitionsprogrammen legt die Bundesregierung die Grundlagen für mehr Wachstum und Beschäftigung. Gleichzeitig ist der Haushalt 2010 ein wichtiges Signal für einen strikten Konsolidierungskurs.

Entlastungen auch in der Krise

Der Bundeshaushalt 2010 steht im Zeichen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Die christlich-liberale Koalition schafft eine Balance zwischen einer Entlastung der Bürger um insgesamt 25 Milliarden Euro und öffentlichen Investitionen. Nach den Plänen der Regierungskoalition sollen insbesondere eine gezielte Mittelstandsförderung und weiterhin niedrige Sozialabgaben Impulse für Aufschwung und Beschäftigung liefern, um gemeinsam aus der Krise herauszukommen.

Gleichzeitig konnte die Neuverschuldung gegenüber dem Entwurf des SPD-Finanzministers Steinbrück abgesenkt werden. Auch im internationalen Vergleich wird das staatliche Defizit 2010 mit voraussichtlich fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Frankreich: 8,2 %; Großbritannien: 12,9 %) gering ausfallen. Die Nettoneuverschuldung des Bundes konnte um 5,6 Milliarden Euro niedriger angesetzt werden als im letzten Regierungsentwurf. Dies verdeutlicht den Willen der Regierungskoalition, den Vorgaben des Europäischen Stabilitätspakts Rechnung zu tragen.

Entschlossenes Handeln

Entschlossenes Regierungshandeln und die gute Zusammenarbeit mit den Tarifparteien hatten es bisher verhindert, dass sich die Wirtschaftskrise stärker auf die Beschäftigungssituation auswirkte. Die Einführung des Kurzarbeitergelds sowie der kürzlich gespannte Schutzhelm für Arbeitnehmer konnten zehntausende Arbeitsplätze sichern. Der Arbeitsmarkt befindet sich daher in einem deutlich besseren Zustand als zunächst erwartet; der Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit konnte um 3,2 Milliarden Euro niedriger ausfallen als geplant.

Investitionen stützen Wachstum

Diese positive Entwicklung galt es zu stützen, um auch weiterhin Aufschwung und Beschäftigung zu ermöglichen. Daher setzte sich die CSU in den Haushaltsberatungen erfolgreich dafür ein, die Investitionen gegenüber dem Regierungsentwurf konstant zu halten. Der Mittelstand soll durch die Fortführung der Förderung des Gebäudesanierungsprogramms weitere Wachstumsimpulse erhalten. Hierzu werden weitere 400 Millionen Euro aufgewendet. Auch für die Exportförderung und die Landwirtschaft stellte die Koalition zusätzliche Mittel zur Verfügung.

KUNDUZ-UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS

Verteidigungsminister zu Guttenberg bestätigt

Der folgenreichste Befehl aller bisherigen Auslandseinsätze der Bundeswehr führte am 04. September 2009 in der nordafghanischen Provinz Kunduz nicht nur zur Zerstörung zweier von Taliban entführter Tanklaster, sondern auch zum Tod vieler Menschen. Viele Fragen stellen sich: Waren wirklich, wie der deutsche Kommandeur bei seinem Befehl zum Bombenabwurf annahm, nur Taliban bei den Tanklastern? Drückte die Bundeswehr-Führung Zweifel daran nach dem Luftschlag zur Seite? Wurden alle Einsatzregeln eingehalten?

Gemeinsamer Untersuchungsauftrag von Regierung und Opposition

Der Verteidigungsausschuss des Bundestages soll alle diese Fragen als Untersuchungsausschuss klären. Der von Regierung und Opposition gemeinsam erteilte Auftrag zielt darauf, die Hintergründe des Luftschlags auszuleuchten, die Einhaltung von Befehls- und Melderegeln zu überprüfen und – wo nötig – Korrekturen vorzuschlagen. Die Oppositionsfraktionen interessiert das jedoch nicht. Selbst der SPD, die im September 2009 Regierungsverantwortung trug, ist es wichtiger, den neuen Verteidigungsminister zu Guttenberg anzugreifen, als einen Beitrag zur Sachaufklärung zu leisten.

Die SPD hat nur ein Ziel: Zu Guttenberg beschädigen

Die Zeugenbefragungen dieser Woche zeigten das exemplarisch. Während aus den Regierungsfraktionen alle Zeugen mit dem Ziel der Aufklärung sachgerecht befragt wurden, setzte die Opposition gegenüber den meisten Zeugen ihre Taktik fort, durch ständige Wiederholungsfragen ihrer vorgefassten Meinung breiten Raum zu geben. Anders nur beim früheren Generalinspekteur: Der seit langem als SPD-nah geltende General Schneiderhan wurde von der Opposition mit Samthandschuhen angefasst. Er sollte zum Kronzeugen gegen den Verteidigungsminister aufgebaut werden, der den Spitzenträger entlassen hatte, weil er Minister zu Guttenberg nach der Amtsübernahme nicht alle nötigen Informationen zur Einschätzung des Luftschlags zur Verfügung gestellt hatte.

Entlassungen waren notwendig

Doch die Absicht, den zur Zeit des Bombenabwurfs amtierenden Generalinspekteur zu entlasten, um den danach neu ins Amt gekommenen Minister zu belasten, war von vorneherein allzu durchsichtig und ist auf ganzer Linie gescheitert. Die bisherigen Befragungen im Untersuchungsausschuss stützen die Entscheidungen des Verteidigungsministers, den Bombenabwurf für militärisch objektiv nicht angemessen einzuschätzen und den ehemaligen Generalinspekteur Schneiderhan zu entlassen.